

## Pressemitteilung

### **Rostocker Bündnis gegen Sozialkahltschlag ruft zum 1.Mai auf**

Nach den großen Demonstrationen gegen Sozialkahltschlag am 3. April in Berlin, Köln und Stuttgart sieht das Bündnis gegen Sozialkahltschlag Rostock den 1. Mai als weitere Gelegenheit, gegen die Kahltschlagspolitik auf die Straße zu gehen. Unter dem Motto ‚Gegen Agenda 2010, Lohraub und Arbeitszeitverlängerung! Gemeinsam demonstrieren, gemeinsam streiken!‘ beteiligt sich das Bündnis an der Mobilisierung zum traditionellen Kampftag der Beschäftigten und wird auf dem Kastanienplatz mit Aktionen und einem Informationsstand vertreten sein.

Um dies zu diskutieren und vorzubereiten lädt das Bündnis gegen Sozialkahltschlag für den 28.04.04 zu einem Treffen ein. Diese Veranstaltung beginnt um 19 Uhr und findet im „Club der Volkssolidarität“, Lagerstr. 18 (Straßenbahnhaltestelle Lage Straße, dann Richtung Stadthafen) statt.

Das Rostocker Bündnis gegen Sozialkahltschlag ruft alle die betroffen sind vom Sozialabbau, von Stellen- und Mittelstreichungen, sowie alle KollegInnen, denen Entlassungen und/oder Lohnsenkungen drohen, auf, gemeinsam mit dem Rostocker Bündnis gegen Sozialkahltschlag Protestaktionen und Gegenwehr zu organisieren. Für weitere Informationen: 0174-481 69 66 oder per mail unter [gegen-sozialkahltschlag-rostock@web.de](mailto:gegen-sozialkahltschlag-rostock@web.de) .

---

Das Bündnis gegen Sozialkahltschlag hat sich im Zuge der bundesweiten Mobilisierung zur Demonstration am 1.11.2003 gegründet. Der nachfolgende Demoaufruf ist unser politischer Grundkonsens.

„Der Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme hat in Deutschland verschiedene Namen: Agenda 2010, Hartz, Rürup und Gesundheitsreform«. Damit betreibt die Schröder/Fischer-Regierung die größten Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsverhältnisse und Rechte seit dem 2. Weltkrieg. Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes macht sie Hunderttausende von Erwerbslosen zu Sozialhilfebezieher/innen. Gleichzeitig plant sie die Absenkung der Sozialhilfe. Das Hartz-Konzept bedeutet Übergang zur Zwangsarbeit, bereitet Lohnsenkungen den Weg und höhlt Tarifverträge aus. Für Zahnersatz und Krankengeld müssen wir in Zukunft selbst aufkommen. Durch das Eintrittsgeld beim Arzt und höhere Zuzahlungen für Medikamente werden wir weiter abkassiert. Wir sollen 20 Milliarden Euro mehr zahlen. Die Renten sollen so abgesenkt werden, dass die meisten Rentner/innen in Zukunft nicht mehr haben als Sozialhilfe und die Altersarmut steigt.

Uns wird eingeredet, es sei kein Geld da. Dabei hat sich die Produktivität in den letzten zehn Jahren verdoppelt und der gesellschaftliche Reichtum ist enorm gewachsen! Den Unternehmerverbänden und der Regierung geht es nur darum, den Banken und Konzernen auf unsere Kosten höhere Gewinne zuzuschieben. Sie sind es, die für Arbeitslosigkeit, leere Staatskassen und Krisen verantwortlich sind. Die Senkung der Gewinnsteuern ab 2001 spülte bisher 30 Milliarden Euro in die Kassen der Unternehmen. Der Verzicht auf die Vermögenssteuer belässt den Reichen jährlich 16 Milliarden Euro mehr auf ihren Konten. Die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes wird mit Kürzungen bei Erwerbslosen in Höhe von sechs Milliarden Euro finanziert. Der geplante Kauf von 60 Militär-Airbussen kostet 8,3 Milliarden Euro – aber der Rentenzuschuss von zwei Milliarden Euro soll gestrichen werden.

Der internationale Standortwettbewerb der großen Konzerne und Regierungen führt auch in anderen Ländern zu »Strukturanpassungen«, Senkung von Unternehmersteuern, Kürzung von sozialen Leistungen, Löhnen und Gehältern. In Frankreich und Österreich hat diese Politik große Proteste und Streiks ausgelöst. Auch wir dürfen diese dreisten Angriffe nicht länger hinnehmen. Ob Arbeiter/innen, Angestellte, Beamte, Erwerbslose, Frauen, Flüchtlinge, Jugendliche oder Rentner/innen – wir dürfen uns nicht spalten lassen und müssen unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen. Wir lehnen alle Angriffe auf den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung ab, ob unter dem Namen, Agenda 2010, Rürup, Hartz und Gesundheitsreform. Wir fordern umfassende Heranziehung der Unternehmensgewinne und hohen Vermögen zur Finanzierung menschenwürdiger Lebensverhältnisse!“